

# WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 10

06.03.2017

QUELLE:



## ZUSAMMENFASSUNG

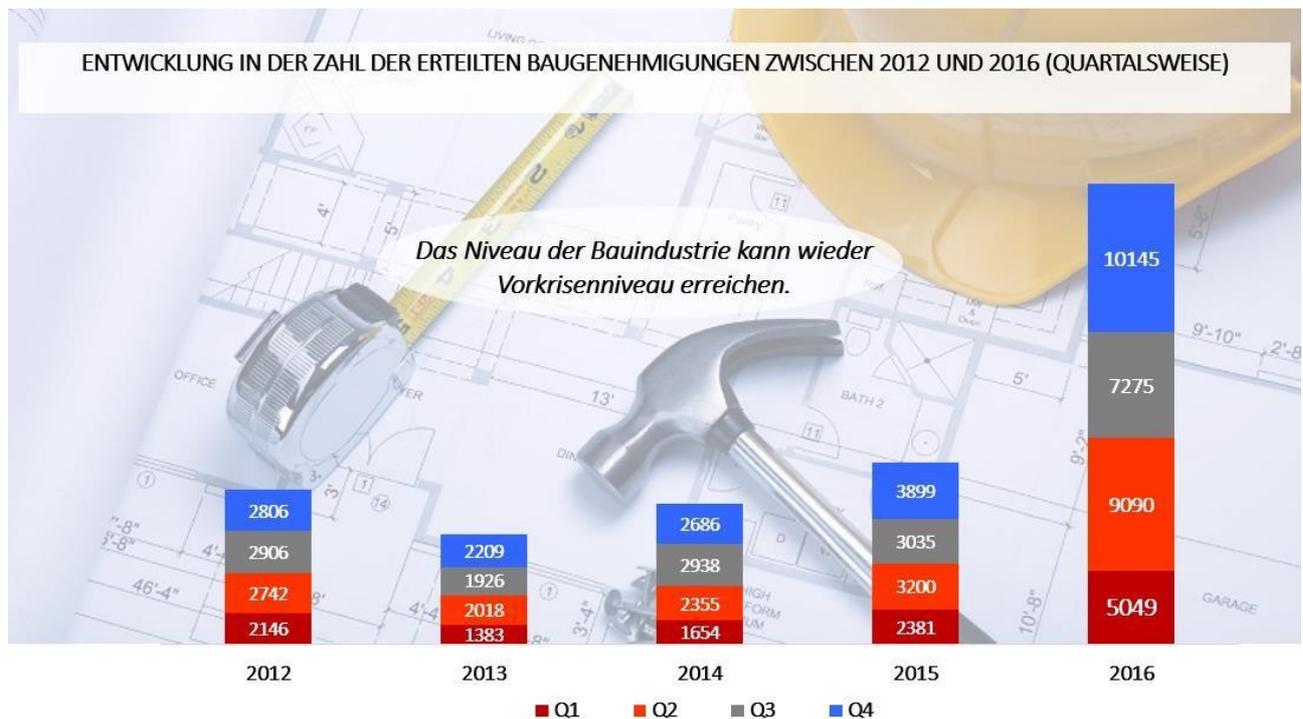
- **2017 WIRD DAS JAHR DER BAUPROJEKTE IN UNGARN.** Die Zahl der ausgegebenen Baugenehmigungen kletterte auf das Zweieinhalbfache, womit ein markanter Aufschwung der Bauindustrie vor der Tür steht. Das Baugewerbe kann im Jahre 2017 dem Wirtschaftswachstum einen deutlichen Impuls verleihen, während die statistischen Daten des Einzelhandels und des Arbeitsmarktes für den Monat Januar eine fortgesetzte wirtschaftliche Expansion verraten und damit die Wachstumsprognose der Regierung von 4 Prozent untermauern.
- **DIE VISEGRÁD-STAATEN SIND AN DER EINHEIT DER EU INTERESSIERT.** Die Europäische Union befindet sich im Zugzwang, die Führung in Brüssel möchte zum 60. Jubiläum der Gründung der Gemeinschaft von den Staats- und Regierungschefs eine klare Stellungnahme hinsichtlich der Zukunft der Integration erzwingen. Für die Länder Mittelosteuropas ist die Konzeption eines „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ unakzeptabel; diese Ländergruppe ist an der Ausgestaltung eines auf souveränen Nationalstaaten basierenden Europas interessiert.
- **FÜR UNGARN IST DIE AMERIKANISCH-RUSSISCHE ANNÄHERUNG VON VORTEIL.** In Kürze kann es zu einer persönlichen Begegnung zwischen Viktor Orbán und Donald Trump kommen; Ungarn kann erneut ein wichtiger Verbündeter der Vereinigten Staaten auch auf politischem Gebiet sein. Donald Trump trat in seiner Rede vor dem Repräsentantenhaus und dem Senat unter anderem für eine strengere Einwanderungspolitik, die sich mit den Prinzipien Ungarns deckt, und für seine Vorhaben hinsichtlich der Steuerpolitik ein.
- **DIE MOMENTUM-BEWEGUNG KONNTE DEN FIDESZ NICHT BEEINDRUCKEN.** Auch im Februar führten Fidesz-KDNP mit stabilem Vorteil den Wettstreit der Parteien an, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor.
- **IMMER TIEFERE BRUCHLINIEN IM LINKEN LAGER.** Zwar waren sich die linksliberalen Parteien einig bei der Nominierung von László Majtényi, dem Leiter des durch die Soros-Stiftung eingerichteten Politikinstituts „Károly Eötvös“, für das Amt des Staatspräsidenten, doch brodeln unter der Oberfläche nie dagewesene Widersprüche. László Botka konnte sich auch weiterhin mit keiner einzigen Partei hinsichtlich der Zusammenarbeit im Wahlkampf einigen, während er in offensichtliche Debatten mit den potenziellen Verbündeten verwickelt wurde.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

### 2017 wird das Jahr der Bauprojekte in Ungarn

Die Zahl der ausgegebenen Baugenehmigungen kletterte auf das Zweieinhalbfache, womit ein markanter Aufschwung der Bauindustrie vor der Tür steht. Das Baugewerbe kann im Jahre 2017 dem Wirtschaftswachstum einen deutlichen Impuls verleihen, während die statistischen Daten des Einzelhandels und des Arbeitsmarktes für den Monat Januar eine fortgesetzte wirtschaftliche Expansion verraten und damit die Wachstumsprognose der Regierung von 4 Prozent untermauern.

Die Weltwirtschaftskrise von 2008 verringerte das Bauvolumen von gewöhnlich 20.-40.000 Neubauwohnungen binnen weniger Jahre auf ein Niveau von 7.-8.000 Wohnungen. Der Wohnungsbau gehört zu den Wirtschaftsbereichen, die besonders langsam auf Veränderungen reagieren, weshalb einem Aufschwung hier ein langanhaltendes Erstarren der Wirtschaft vorausgehen muss. Die ungarische Regierung drängte auf eine Beschleunigung dieses Prozesses, indem sie die Mehrwertsteuer für den Wohnungsbau senkte und die Vergünstigungen der Schaffung von Wohnraum für Familien ausweitete.



Wie die Zahlen für 2016 verraten, hat dank dieser Maßnahmen und der parallel verbesserten Wirtschaftslage ein Aufschwung im ungarischen Wohnungsbau eingesetzt. Im Jahre 2016 wurden bereits zehntausend neue Wohnungen gebaut, während 2017 ausgehend von den neu erteilten

Genehmigungen – sollte die Realisierungsrate von achtzig Prozent wie in den beiden vergangenen Jahren eintreten – die Zahl der übergebenen Neubauwohnungen 25.000 erreichen könnte.

## AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Die Visegrád-Staaten sind an der Einheit der EU interessiert

Die Europäische Union befindet sich im Zugzwang, die Führung in Brüssel möchte zum 60. Jubiläum der Gründung der Gemeinschaft von den Staats- und Regierungschefs eine klare Stellungnahme hinsichtlich der Zukunft der Integration erzwingen. Für die Länder Mittelosteuropas ist die Konzeption eines „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ unakzeptabel; diese Ländergruppe ist an der Ausgestaltung eines auf souveränen Nationalstaaten basierenden Europas interessiert.

Die Europäische Union kann einzig und allein gestützt auf die Nationalstaaten neuerlich zu einem maßgeblichen Akteur der globalen Politik und Weltwirtschaft werden, indem sie ihre politische und kulturelle Vielfalt bewahrt. Eine Grundlage dafür ist es, die Steuer- und Arbeitsmarktpolitik auf der Ebene der Nationalstaaten zu belassen bzw. die Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten zu erhalten. Deshalb ist es für Ungarn beispielsweise ganz eindeutig nicht annehmbar, wenn die Bürger der Europäischen Union nach einem Vorschlag aus Brüssel bei jedem einzelnen Grenzübertritt wieder kontrolliert werden sollen.

Auf dem Gipfeltreffen der Visegrád-Staaten (V4) wurde einmal mehr deutlich, dass diese Zusammenarbeit eine Zukunft hat und diese Länder imstande sind, abgesehen von der Einwanderung auch in anderen relevanten Fragen einen einheitlichen Standpunkt auszugestalten. Das ist schon allein deshalb so wichtig, weil sie mit ihrem Standpunkt dem Treffen der Regierungschefs Deutschlands, Italiens und Spaniens sowie des Staatspräsidenten Frankreichs vom Montag zuvorkamen, auf dem diese voraussichtlich über die Konzeption eines „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ verhandeln werden.

## Für Ungarn ist die amerikanisch-russische Annäherung von Vorteil

In Kürze kann es zu einer persönlichen Begegnung zwischen Viktor Orbán und Donald Trump kommen; Ungarn kann erneut ein wichtiger Verbündeter der Vereinigten Staaten auch auf politischem Gebiet sein. Donald Trump trat in seiner Rede vor dem Repräsentantenhaus und dem Senat unter anderem für eine strengere Einwanderungspolitik, die sich mit den Prinzipien Ungarns deckt, und für seine Vorhaben hinsichtlich der Steuerpolitik ein.

Zur Rede Donald Trumps äußerten sich auch intellektuelle Kreise der Demokraten anerkennend. Seine Ankündigungen in Verbindung mit der Entwicklung der Infrastruktur und der Steuerreform, die sich in großem Maße mit den in Ungarn zur Anwendung gebrachten wirtschaftspolitischen Prinzipien decken, führten sogleich zu einem markanten Anstieg an den amerikanischen Aktienmärkten. Daraufhin erstarkte das bereits vorhandene Vertrauen der Wirtschaftsakteure in die TrumpRegierung weiter.

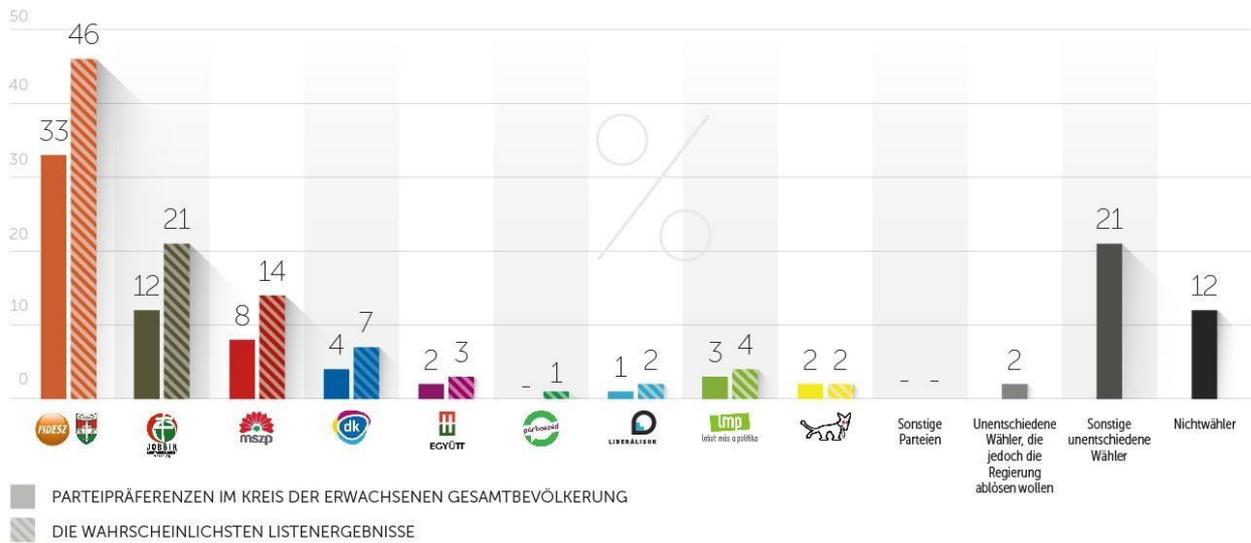
Ungarn ist eindeutig daran interessiert, dass sich die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Russland bessern. Deshalb erlangt der in naher Zukunft anstehende Gipfel Trump-Putin für unser Land eine herausragende Bedeutung. Dabei wird die Position des US-Präsidenten dadurch gestärkt, dass ein in der vergangenen Woche veröffentlichter Bericht bescheinigte, es habe keine irregulären Kontakte im Trump-Wahlkampf mit der russischen Regierung gegeben.

Ein Treffen zwischen Donald Trump und Viktor Orbán kann ebenfalls binnen kurzer Zeit zustande kommen, in dessen Folge die Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht mehr nur auf den Gebieten der Wirtschaft und der Militärpolitik freundschaftlich sein werden, sondern auch auf politischem Gebiet enger geknüpft werden können. Parallel hierzu wird zunehmend klarer ersichtlich – wie sich das früher in Ungarn ähnlich herausstellte –, dass hinter den aus dem Blickwinkel der nationalen Sicherheit Amerikas schädlichen Enthüllungen auf Regierungsebene und dem organisierten Stören öffentlicher Auftritte von Politikern der Republikaner Kreise stehen, die dem vormaligen USPräsidenten Obama und den Demokraten nahestehen. Es ist ebenso zu sehen, dass sich die druckausübenden linksliberalen Gruppen Unterstützung aus externen Quellen erhoffen, was wegen des Widerstands der amerikanischen Gesellschaft leicht kontraproduktiv werden könnte.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### Die Momentum-Bewegung konnte den Fidesz nicht beeindrucken

Auch im Februar führten Fidesz-KDNP mit stabilem Vorteil den Wettstreit der Parteien an, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor.



Die Regierungsparteien wurden im Februar von 33 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung unterstützt. Auf gleicher Basis sympathisieren mit der Jobbik 12 Prozent, mit der MSZP 8, der DK 4, der Együtt 2, den von Gábor Fodor geführten Liberalen 1 Prozent, mit der LMP 3 und mit der Witzpartei des Zweischwänzigen Hundes (MKKP) 2 Prozent.

Hinsichtlich der wahrscheinlichsten Listenergebnisse erreichen die Regierungsparteien momentan 46 Prozent, gefolgt von der Jobbik (21 Prozent), der MSZP (14), der DK (7), der Együtt (3), der PM (1), während die Liberalen und die MKKP jeweils 2 Prozent sowie die LMP 4 Prozent erreichen würden.

Die Meinungsumfrage von Februar zeigt, dass sich die Sympathiewerte für die Parteien weder im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung noch mit Blick auf die wahrscheinlichsten Listenergebnisse spürbar verändert haben. Ungeachtet der Unterschriftensammlung gegen die Olympia-Bewerbung kann die Wählerbasis der Momentum-Bewegung auch weiterhin statistisch nicht erfasst werden.

### Methodik

*Die persönliche Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 3.-20. Februar 2017 mit der Befragung von 2.000 Personen. Die Stichprobe erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer Stichprobe von 2.000 Personen ergibt sich bei einer Zuverlässigkeit von 95% ein Stichprobenfehler von 2,2 Prozent.*

### Immer tiefere Bruchlinien im linken Lager

Zwar waren sich die linksliberalen Parteien einig bei der Nominierung von László Majtényi, dem Leiter des durch die Soros-Stiftung eingerichteten Politikinstituts „Károly Eötvös“, für das Amt des Staatspräsidenten, doch brodeln unter der Oberfläche nie dagewesene Widersprüche. László Botka konnte sich auch weiterhin mit keiner einzigen Partei hinsichtlich der Zusammenarbeit im Wahlkampf einigen, während er in offensichtliche Debatten mit den potenziellen Verbündeten verwickelt wurde.

László Botka begann als Kandidat der MSZP für das Amt des Ministerpräsidenten vor Wochen die Verhandlungen mit den Vorsitzenden mehrerer linksliberaler Parteien, die jedoch bislang allesamt scheiterten. Neben der LMP gelangte er auch mit der DK in einen offensichtlichen Streit, jener Partei, die bislang als potenzieller Verbündeter der Sozialisten galt, nachdem MSZP-Chef Gyula Molnár vor einigen Monaten noch Ferenc Gyurcsány eine Koalition angeboten hatte.

Nachdem die Fraktionen von Fidesz-KDNP im Besitz der Parlamentsmehrheit einhellig dafür stimmten, dass der amtierende Staatspräsident János Áder von den Fraktionen der Regierungsparteien für das Amt des Staatspräsidenten nominiert wird, besitzt die GegenNominierung von László Majtényi lediglich symbolische Bedeutung, ohne irgendeinen politischen Einsatz. So ist es interessant, dass die linksliberalen Parteien, deren Verhandlungen in Bezug auf gemeinsame Wahllisten, die auf lange Jahre über Existenzen entscheiden und somit ein großes politisches Gewicht besitzen, in die Sackgasse gelangten, in der Person von László Majtényi, der die Wahl zum Amt des Staatspräsidenten am 13. März mit der Ruhe der Aussichtslosen angeht, relativ schnell einen Konsens finden konnten. Allerdings wurde László Majtényi nicht zum Kandidaten der geschlossenen Opposition, nachdem die Jobbik nicht bereit ist, den für seine linksliberalen Ansichten bekannten früheren Ombudsmann zu unterstützen.

Obendrein steht er als Vorsitzender der politischen Stiftung „Károly Eötvös“ eindeutig dem für seine regierungsfeindlichen Ansichten bekannten George Soros nahe, welche Stiftung zwischen 2010 und 2017 mehr als 145 Millionen Forint von Organisationen des amerikanischen Milliardärs erhielt.

Deshalb handelte seine Nominierung weniger von realen Chancen der Regierungsübernahme, als vielmehr davon, dass die linksliberalen Parteien ein Lebenszeichen von sich geben wollten.

## PROGNOSE

- Am 7. März wird der Strafprozess gegen den Mafioso László Vizoviczki und zweiunddreißig Mitangeklagte mit der Verlesung der Anklageschrift fortgesetzt.
- Am 8. März teilt das Statistische Amt KSH die Angaben zur Entwicklung der Verbraucherpreise im Monat Februar mit. Im Januar lagen die Verbraucherpreise durchschnittlich um 2,3 Prozent höher, als vor einem Jahr.
- Am 9. März dürfte Großbritannien den Antrag zum Austritt aus der EU einreichen. Danach dauert die Vorbereitungsphase 1-3 Monate, ehe die EU zunächst 6-8 Monate über die Bedingungen der Trennung verhandeln will, bevor weitere 10-11 Monate lang über die künftige Zusammenarbeit der EU mit Großbritannien verhandelt würde. Zusammen mit der Ratifizierung und dem formalen Austritt werden die für diesen Prozess angesetzten zwei Jahre voraussichtlich nicht ausreichen, so dass sich der Brexit wahrscheinlich über 2,5 Jahre in die Länge ziehen wird.
- Am 10. März teilt das KSH die Daten für die Entwicklung des Außenhandels im Monat Januar mit. Das vergangene Jahr wurde mit einem Handelsüberschuss von 3.107 Milliarden Forint abgeschlossen.
- Am 10. März wird in Marosvásárhely (Targu Mures/ Neumarkt) erneut der Autonomietag der Szekler-Freiheit organisiert.
- Am 13. März wählt das Parlament den Staatspräsidenten.